

Klaus Schlichte

Gibt es überhaupt „Staatszerfall“?

Anmerkungen zu einer ausufernden Debatte

*„Probleme werden jetzt
auch nur mehr eine Woche alt,
dann kommen neue.“*

Eckhard Henscheid, Über Manches

Spätestens seit die Europäische Union wie auch die USA das Problem von *failed states* als eine zentrale Bedrohung in ihre sicherheitspolitischen Kerndokumente aufgenommen haben, wächst sich das Thema zu einer fragwürdigen Größe aus. Staatszerfall wird zur „globalen Bedrohung“, eine „Herausforderung an die Weltordnung“ in „einer Zeit des Terrors“, ein „globales Sicherheitsrisiko“, besonders im „hoffnungslosen Fall“ des subsaharischen Afrika – so die Formulierungen in den Titeln eines Schwerpunkthefts der Zeitschrift *Internationale Politik*, die die Debatte recht typisch widerspiegeln. Auch der parlamentarische Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, Walter Kolbow (2004), sieht in „Staatszerfall und Staatsversagen Bedrohungsformen auf globaler Ebene“.

Die Dramatik dieser Wendungen steht in eigenartigem Kontrast zu den empirischen Befunden, die sich aus der vergleichenden Betrachtung ergeben. Die Zahl innerstaatlicher Kriege, in der Debatte häufig mit „Staatsversagen“ gleichgesetzt, ist seit den frühen neunziger Jahren massiv rückläufig.¹ Daß informelle Institutionen und Praktiken, ja sogar kriminelles Handeln Bestandteil staatlicher Politik sein können und dem Wachstum des Staates nicht im Wege stehen, läßt sich jeder aufgeklärten Bismarck-Biographie entnehmen oder an der Geschichte der Piraterie studieren (vgl. Thomson 1994). Auch an den

Staatsquoten der meisten Länder der Welt hat sich in den vergangenen dreißig Jahren nicht viel geändert, und selbst die Anteile direkter Steuern an den Staatseinnahmen unterliegen in Afrika, Asien und Lateinamerika keinen großen Schwankungen (vgl. Schlichte 2005a, Kap. 4). Was als Krise der Politik in diesen Weltregionen wahrgenommen wird, läßt sich empirisch vor allem als wirtschaftliches Problem erkennen: sinkende Anteile an Weltmärkten und erschwerte Zugang zu Krediten bedeuten rückläufige Staatseinnahmen. Ist das „Versagen des Staates“ vielleicht eher ein „Versagen des Marktes“?

Die unhinterfragte Plausibilität der Thesen vom Versagen und Zerfall des Staates hat sicher auch damit zu tun, daß die These für viele Diskursteilnehmer ausgesprochen nützlich ist:²

- Für die Ministerien und Abteilungen, die mit sicherheitspolitischen Aufgaben und Programmen befaßt sind, ist die Externalisierung des Sicherheitsproblems immer eine gute Lösung. Sie erlaubt die Fortführung bereits laufender Arbeiten unter diffusen Überschriften und hält die Ursprünglichkeit von Problemen außerhalb des zu verantwortenden Wirkungsbereichs der Einrichtungen selbst. Zugleich begründet die Behauptung wachsender Gefahren Budgetforderungen und politische Aufmerksamkeit für die je eigenen Anliegen.
- Auch bei *Think tanks* und Instituten, die innerhalb und außerhalb der universitären Forschung mit Sicherheitspolitik befaßt sind, gibt es ein Bedürfnis nach Themen, die so umfassend sind, daß sie sich gut verkoppeln lassen, und die zugleich politisch

so unspezifisch bleiben, daß sie in vielerlei Richtung anschlussfähig sind.³

- Nichtregierungsorganisationen stehen in einem Wettbewerb um Mittel und Programme, der über Themensetzungen und Initiativen ausgetragen wird. Das Problem des „Staatszerfalls“ bietet Raum für eine Fülle von Aufgaben, die teils von staatlichen, teils aber eben auch von nicht-staatlichen Organisationen übernommen werden könnten. Geld für neue Projekte, Ansehensgewinne dafür, „die ersten“ gewesen zu sein, die auf Defizite aufmerksam machten – das sind die Prämien, die für NGOs mit der Diskussion um das Versagen des Staates verbunden sind.
- Ebenso ist die staatliche Entwicklungszusammenarbeit auf diskursive Innovationen angewiesen. Die Dekaden, nach denen die Erfahrungen und das Scheitern der Branche in der Regel diskutiert werden, haben alle ihre Überschriften und Kennworte gehabt, so daß sich vermeintlich Neues nur unter einer wiederum neuen Überschrift formulieren lassen kann. Die Kontinuität der Arbeit, die Verstetigung der Karrieren und die Fortschreibung der getätigten Investitionen unter Beibehaltung der moralischen Prestigerente – das sind die Gewinne, die sich für staatliche Stellen der Entwicklungszusammenarbeit aus der Übernahme neuer Leitbegriffe ergeben.
- Nicht zuletzt die Wissenschaft, allen voran wohl die Politikwissenschaft, hat ein Interesse am Thema. Es gibt wohl kein größeres Institut für Politikwissenschaft in Deutschland, das gegenwärtig nicht in irgendeiner Form ein Forschungsvorhaben zum Thema plant oder beantragt hat.⁴ Das wohl größte Unternehmen zum Thema ist die von der CIA finanzierte „State Failure Task Force“, die von Politikwissenschaftlern verschiedener US-amerikanischer Universitäten betrieben wird. Die Gruppe aus „leading experts“ (Marshall/Gurr 2005: 40) hat im Jahr 2000 ihren „Findings Report“ vorgelegt und arbeitet nun unter dem Namen „US Government's Political Instability Task Force“ an verwandten Themen weiter.⁵ Die Einwerbung von Forschungsmitteln und die

legitimierende Präsenz in der politischen Öffentlichkeit – das sind die Prämien der Wissenschaft, die das Thema vom „Versagen des Staates“ einbringt.

Hintergrund der Diskussion um „fragile Staaten“ ist auch, daß sich die liberalen Hoffnungen nicht erfüllt haben, die Öffnung der Märkte und die Abhaltung von Wahlen würden in jedem politischen Kontext die Befriedung sozialer Konflikte nach sich ziehen. In vielen Fällen war das Gegenteil der Fall: Die außenwirtschaftliche Öffnung, die Verkleinerung der staatlichen Apparate und der demokratische Wettbewerb waren seit Ende der achtziger Jahre von wachsender politischer Gewalt begleitet (vgl. Keen 2005; Wade 2005). Der entwicklungspolitische Leitdiskurs, der bis dahin auf die Begriffe und Konzepte der Liberalisierung gesetzt hatte, ist seitdem auf der Suche nach neuen Leitkonzepten. In diesem Bedürfnis trifft er sich mit den sicherheitspolitischen Ideenproduzenten, die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts auf der Suche nach legitimierenden Diskursen sind.

Die Diskussion um „neue Kriege“, die sich mit der Debatte um das Versagen des Staates verbindet (vgl. Brzoska 2004), kann man als Teilbewegung der Emergenz einer neuen „legitimen Problematik“ begreifen. Ähnlich wie jene kann auch die Debatte um „prekäre Staaten“ nicht auf neue empirische Phänomene verweisen, sondern sie verdichtet bereits seit langer Zeit bekannte und beobachtete Verhältnisse zu einem Bild wachsender Bedrohungen.

In diesem Beitrag sollen nicht alle Verzweigungen und Differenzierungen der Diskussion um *failed states* nachverfolgt werden.⁶ Die höchst selektive Auswahl von Beiträgen zur Diskussion dient vielmehr dazu, die zentrale These des Beitrags zu plausibilisieren. Sie wirklich zu belegen, würde eine viel breitere Basis voraussetzen. Die Begründung für dieses an sich zweifelhafte Verfahren ergibt sich aus der fragwürdigen Interessenkonstellation, die sich um das Thema rankt. Die These des Beitrags lautet:

Das „neue“ Phänomen des „Staatszerfalls“ oder „Staatsversagens“ bezeichnet keine eigene Klasse empirischer Phänomene, sondern ist ein Resultat diskursiver Eigendynamiken, die auf

institutionellen Interessen und Mechanismen der politischen Öffentlichkeit beruhen.

Die Argumentation, die diese These stützen soll, ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst werden aus den ausgewählten Beiträgen der Debatte die Problemdefinitionen einander gegenübergestellt. In einem zweiten Schritt werden dann die Ansätze zur Erklärung des Phänomens des „Staatszerfalls“ oder „Staatsversagens“ vorgestellt, bevor abschließend der dritte Teil der Diskussion, die empfohlenen politischen Strategien zum Umgang mit dem Phänomen, diskutiert wird. Der Beitrag schließt mit einer kurzen kritischen Würdigung der Diskussion.

Worin besteht das Problem?

Die Thematisierung „fragiler Staatlichkeit“ leidet zunächst an dem Mangel, daß es für das Phänomen keine einheitliche Sprachregelung gibt. Die Redeweise reicht von „fragilen Staaten“ (Debiel 2005) über „state failure“ (Goldstone et al. 2000; Chopra 2002), „state decay“ (Schlichte 1998), „states at risk“ (Schneckener 2004b), „collapsed and failing states“ (Krasner 2004), bis hin zu „weak states“ (Migdal 1988) oder „privatisierten Staaten“ (Hibou 1999).

In der Diskussion wird dieses Phänomenbündel vor allem in zweierlei Hinsicht als Problem wahrgenommen: Einerseits sei diese Krise von staatlicher Herrschaft ein Sicherheitsproblem, und andererseits sei sie ein schwerwiegendes Entwicklungshindernis.

Die besondere Konjunktur des Themas hat also offenbar damit zu tun, daß sich in der behaupteten Problematik vielfältige Übergänge, Anschlüsse und Anleihen – und damit gegenseitige Legitimationen für sonst getrennte Politikfelder ergeben.⁷ Entwicklungspolitisch orientierte Autoren können auf die Sicherheitsrelevanz ihrer Thematik hinweisen und damit mehr politische Beachtung erzielen, als dies für andere entwicklungspolitische Themen wie soziale Ungleichheit oder ländliche Entwicklung möglich wäre.

Sicherheitspolitisch orientierte Autoren hingegen haben mit der Thematik den Vorteil, daß sie nicht nur genuine klassische Sicherheits-

belange ansprechen, sondern diese Themen und Agenden mit humanitären Anliegen verbinden können: Die Ineffizienz der Korruption, die Notlage von sozial Deklassierten und Kriegsoffern, die Exklusion politischer Opposition und auch die Aktivitäten „organisierter Kriminalität“ wie Drogen- und Menschenhandel – all diese Phänomene lassen sich in kausalen Erzählungen mit dem Problem der „fragilen Staaten“ verkoppeln.

In den einleitenden Absätzen der Texte wird die Evidenz in der Regel dadurch hergestellt, daß eben diese Verbindungen zwischen „fragilen Staaten“ und verschiedenen anderen Phänomenen hergestellt werden. Besondere Prominenz haben dabei „der globale Terrorismus“, „die neuen Kriege“ und „die organisierte Kriminalität“. Eine „crisis of government“ habe etwa in Pakistan zur Verbreitung von Kleinwaffen beigetragen und in Afghanistan die Einnistung des Terrornetzwerks Al Qaida sowie eine Ausweitung des Drogenhandels erlaubt (Eizenstat et al. 2005: 134). Afghanistan dient auch anderen Autoren als Beispiel für die sicherheitspolitische Bedrohung, denn der internationale Terrorismus sei auf solche fragilen Staaten angewiesen, um sich zu reproduzieren (Schneckener 2005: 27f.). Schon nutzen islamistische Gruppen den „Staatszerfall“ Indonesiens, um eine „Mini-Al Qaida“ aufzubauen (Hirschmann 2004).

Stephen Krasner, Professor an der Stanford University, zur Zeit beurlaubt, um im US State Department als Chef des Planungsstabes zu fungieren, sieht noch weitergehende Gefahren, die aus zerfallenden Staaten drohen: Sie lägen vor allem darin, daß diese für Terroristen Gebiete bereitstellen, wo diese frei agieren könnten. Außerdem könnte ein „Scheitern der Souveränität“ Probleme der transnationalen Kriminalität hervorrufen. Schwache Staaten wie Nordkorea könnten zudem Massenvernichtungswaffen herstellen (2004: 94). Humanitäre Krisen hätten für die politischen Führungen in fortgeschrittenen Demokratien mittlerweile Dilemmata produziert, denn diese würden „verurteilt, falls sie intervenieren, und ebenso verurteilt, wenn sie es nicht tun“ (ebd.).

Aus einer stärker entwicklungspolitischen Perspektive wird das Problem etwas anders

umrissen: Eine „nennenswerte Zahl von Ländern“ sei „durch Staatsversagen blockiert oder ist bereits von Staatszerfall geprägt“ (Debiel 2005: 12). Die „Leistungsdefizite in zentralen staatlichen Funktionsbereichen“ bestünden darin, daß Staaten nicht oder nur bedingt in der Lage seien, ihre Bürger vor Gewalt zu schützen, die politische Machtkontrolle sei defizitär, staatliche Dienstleistungen und Steuererhebungen funktionierten allenfalls in den Städten, der Wirtschaft fehlten verlässliche Rahmenbedingungen und die soziale Grundversorgung sei nur rudimentär gewährleistet. Diese Umstände hätten zahlreiche Geberländer der Entwicklungshilfe dazu gebracht, in diesen Ländern gar nicht mehr aktiv zu sein und sich statt dessen auf sogenannte *good performers* zu konzentrieren (ebd.: 12f.).

Für die von der CIA finanzierte Studie der „State Failure Task Force“ besteht die empirische Evidenz des Staatsversagens in so unterschiedlichen Erscheinungen wie den „islamischen Revolutionen in Iran und Afghanistan, den ethnischen Kriegen in Somalia und dem ehemaligen Jugoslawien, dem Kollaps der Sowjetunion, dem Genozid in Ruanda, den komplexen Kombinationen von ethnischen und revolutionären Kriegen in Gegenden wie Sierra Leone, Indonesien, der Demokratischen Republik Kongo“ (Goldstone et al. 2000: iii).

Nach einer Studie der deutschen „Stiftung für Wissenschaft und Politik“ lassen sich, unterschieden nach drei „Kernfunktionen des Staates“, nämlich „Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität/Rechtsstaat“, zahllose Indikatoren für fragile Staatlichkeit ausmachen. Sie reichen von autoritären Regimes, die durch „feudale oder klientelistische Strukturen die Grundlagen des Staates untergraben“ (Schneckener 2004a: 8) über den „Ausschluß bestimmter Bevölkerungsgruppen von wirtschaftlichen Ressourcen; anhaltende wirtschaftliche oder währungspolitische Krisen“, „ökologische Probleme“ und „hohe Arbeitslosigkeit“ bis hin zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Abhängigkeit der Justiz und einem hohen Maß an „Korruption und Klientelismus“ (ebd.: 9).

Offenbar, so ließe sich aus diesem zugegebenermaßen kursorischen Überblick resümieren, dienen alle seit langem bekannten politischen

Phänomene peripherer Staatlichkeit, die, an der Norm moderner Politik gemessen, als „Defizite“ bezeichnet werden, als Beleg für das empirische Phänomen der „Fragilität“, der „Prekarität“ oder des „Zerfalls“ von Staaten außerhalb der OECD.

Wie kann man das messen?

Mit diesen weitreichenden Problemdefinitionen ist freilich eine Reihe von Meßproblemen verbunden, auf die bisher keine befriedigende Antwort zu finden war. Naheliegender sind in der politikwissenschaftlich dominierten Forschung makroquantitative Versuche, die Reichweiten und kausalen Zusammenhänge der wie beschrieben sehr unterschiedlich definierten Probleme genauer zu erfassen.

Das britische „Department for International Development“ (DFID) etwa hat aus dem „Country Policy and Institutional Assessment“, mit dem die Weltbank die Leistungsfähigkeit ihrer Kreditnehmer bewertet, insgesamt 46 Länder isoliert, die zwischen 1999 und 2003 „mindestens einmal sehr schlechte Werte aufwiesen“ (Debiel 2005: 12, Fn. 3). In dieser Gruppe finden sich allein 27 afrikanische Staaten. Grundlage dieser Bewertungen sind vor allem makroökonomische Zahlen, denen von vielen Experten gerade für den afrikanischen Kontinent nur eine eingeschränkte Gültigkeit nachgesagt wird, weil die realökonomischen Vorgänge nur eingeschränkt durch nationale Statistiken erfaßt werden können.

Die US-amerikanische „State Failure Task Force“ identifiziert für den Zeitraum 1955–1998 insgesamt 144 Fälle von „state failure“, wobei nur Staaten mit mehr als 500.000 Einwohnern betrachtet wurden. Die Forschergruppe unterscheidet vier Typen von Staatsversagen, nämlich: revolutionäre Kriege, ethnische Kriege, gegnerische Regimewechsel und Genozide/„Politizide“ (Goldstone et al. 2000: v). Grundlage dieser Ergebnisse sind die Auszählungen aus einem „truly unparalleled global data set“, gewonnen aus den Datenbeständen der Vereinten Nationen, wiederum der Weltbank, des US Census Bureau sowie aus den Datensätzen einzelner Wissenschaftler (ebd.:

1). Als Ergebnis zeigt sich, daß das Jahr 1992 mit 25 „state failures“ der bisherige Höhepunkt der Entwicklung ist. Gegen Ende der 1990er Jahre waren nur noch 16 solcher Vorgänge zu beobachten (ebd.: 5). Der Großteil dieser Fälle von „Staatsversagen“ entfällt auf gewaltsame Regimewechsel sowie „ethnische“ und „revolutionäre“ Kriege.

Zahlreiche weitere Texte zum Thema greifen nicht auf eine operationalisierte, in Daten faßbare Definition zurück, sondern wenden unklare Einschätzungen an: In der Entwicklungspolitik werden Kandidaten für Staatsversagen als „poor performers“ charakterisiert, die entweder durch „Ressourcenarmut des jeweiligen Landes oder Reformunwilligkeit der Eliten“ auffallen (Klemp/Poeschke 2005: 19). Für andere Autoren sind die Kandidaten des Staatsversagens wie Indonesien, Nigeria oder Pakistan zugleich ersehnte regionale Partner für Projekte des „state building“ in Nachbarländern (Eizenstat et al. 2005).

Insgesamt fallen bei der Einordnung und Messung der Fälle von fragiler Staatlichkeit die große Bandbreite von Methoden der Einordnung und die fehlende Begründung für die Auswahl der Parameter auf. Von wenigen Ausnahmen abgesehen – Liberia, Somalia, Afghanistan und die DR Kongo – weichen die als problematisch eingeordneten Fallgruppen entsprechend stark voneinander ab.

Seine Plausibilität erhält der Diskurs über die Mängel der Staatlichkeit außerhalb der OECD so in erste Linie, weil die beteiligten Autoren von einem funktionalistischen Staatsverständnis ausgehen, das am Ideal des westlichen Staates aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts orientiert ist. Die Art der Funktionserfüllung, die in diesem regionalen Kontext auf der Grundlage langer historischer Erfahrungen und großer sozialer Konflikte entstand, ist aber vielleicht nicht der geeignete Orientierungspunkt, um die politischen Prozesse, die sich in der postkolonialen Welt abspielen, konzeptionell zu begreifen und normativ zu bewerten. Im Diskurs erfüllt dieses Verständnis jedoch die Funktion, aus jeder Normabweichung Handlungsbedarf abzuleiten, sei es in der Form wissenschaftlicher Forschung, entwicklungspolitischer Projekte oder sicherheitspolitischer Arrangements.

Diese Funktionalität hat freilich den Preis, daß kein kohärentes Verständnis der politischen Prozesse möglich ist. Denn die Ableitung eines Staatsbegriffs aus einer bestimmten historischen Realität, hier des westlichen Wohlfahrtsstaates, kann Prozesse der Formierung von Staatlichkeit immer nur als Annäherung oder Abweichung thematisieren. Sie bietet aber kein hinreichendes Vokabular, um die Dynamiken staatlicher Macht und ihrer Institutionalisierung zur Herrschaft konkret zu untersuchen.⁸

Wie kann man es erklären?

Ebenso wie die Einordnung von Staaten als Fälle und die Methoden der Ermittlung von „Staatsversagen“ oder „Staatszerfall“ weichen in den Beiträgen die Erklärungen oder Erklärungsversuche voneinander ab. Stärker theoretisch inspirierte Versuche verweisen allgemein auf die Globalisierung und die neoliberale Orientierung in der Politik der großen Entwicklungsagenturen (vgl. Hippler 2005: 5) oder allgemein auf globale Veränderungen (Hein 2005: 10), soweit sie nicht andere als Ausdruck der Krise veranschlagte Phänomene, wie die Delegitimierung staatlicher Ordnung und wachsende soziale Ungleichheit, als Ursachen angeben (ebd.). In anderen Fällen wird das Ausbleiben von „Entwicklung“ als Ursache des Staatsversagens angeführt, so daß wirtschaftliches Wachstum und die außenwirtschaftliche Öffnung als Rezeptur anempfohlen werden (Eizenstat et al. 2005).

Die Studie der „State Failure Task Force“ isolierte auf der Grundlage von „nearly 1300 political, demographic, economic, social and environmental variables“ vier besonders wichtige Bedingungen, die mit dem Auftreten von *state failure* in vielen verschiedenen Regionen einhergingen: Neben der „Lebensqualität“, gemessen am materiellen Wohlergehen der Bürger eines Landes, und dem Regimetyp seien dies internationale Einflüsse, wie die außenwirtschaftliche Öffnung, und schließlich die ethnische bzw. religiöse Zusammensetzung eines Landes (Goldstone et al. 2000: v). Niedriger Lebensstandard, große innerstaatliche Konflikte in zwei oder mehr Nachbarländern

und geringe außenwirtschaftliche Öffnung seien Risikofaktoren, die das Auftreten von *state failure* verdoppelten (ebd.: vi).

Im wohl avanciertesten Versuch in der deutschen Wissenschaft, der Studie aus der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, wird auf die Erklärung anhand eines Modells verzichtet. Aus der vergleichenden Analyse von acht Staaten in einem offenen Verfahren wurden ganz unterschiedliche kausale Pfade ersichtlich. Für das Phänomen fragiler Staatlichkeit gebe es „keine simple Erklärung“, sondern nur begünstigende Faktoren, die in unterschiedlichen Kombinationen ursächlich wirksam seien (Schneckener 2004a: 12). Entsprechend finden sich unter den „Strukturfaktoren“ etwa die strukturelle Instabilität der regionalen Umgebung von Staaten, der Einfluß von Regional- oder Großmächten, multiethnische Bevölkerungsstrukturen oder krisenanfällige Rentenökonomien. Prozeßfaktoren seien hingegen Bürgerkriege im regionalen Umfeld, die Aktivitäten transnationaler Gewaltnetzwerke, die Privatisierung von Gewalt oder die Zunahme des politischen Extremismus (Schneckener 2004b: 176ff.).

Die Erklärung des Phänomens verbleibt in der Diskussion um „fragile Staaten“ letztlich im Vagen, Ungefähren. Das gilt zumal für die induktiven Versuche, aus den Korrelationen zwischen theoretelos ausgewählten Variablen Anhaltspunkte für eine Erklärung zu gewinnen. Entwicklungs- und sicherheitspolitisch orientierte Beiträge der Debatte haben unter Umständen auch nicht den Anspruch, wissenschaftlich gültige Erklärungen des Phänomens zu entwickeln, sondern greifen pragmatisch solche Formulierungen auf, denen durch Autorenschaft die Aura der Wissenschaftlichkeit anhaftet und von denen erwartet wird, daß sie ihren Adressaten, vor allem staatlichen und suprastaatlichen Mittelgebern, plausibel erscheinen.

So kommt es, daß die in einigen Beiträgen als erklärende Variablen oder Faktoren angeführten Phänomene von anderen kommentarlos als Wirkung oder Teil des Phänomens „fragiler Staatlichkeit“ eingeordnet werden. Zuweilen findet sich dieser Lapsus auch innerhalb derselben Erklärungen. Dies gilt insbesondere für

den Zusammenhang zwischen innerstaatlichen Gewaltkonflikten und für politische Gewaltphänomene überhaupt, die einerseits als Ursache des „Staatszerfalls“ erscheinen, andererseits als dessen Folge gelten.

Tatsächlich können innerstaatliche Kriege immer in beiden Richtungen interpretiert werden: als Ausdruck des Zerfalls staatlicher Strukturen oder als Teil des Staatsbildungsprozesses. Die historische Soziologie des Staates lehrt nämlich, daß der Prozeß der politischen Enteignung, der den Sozialwissenschaften seit den Werken von Karl Marx, Norbert Elias und Max Weber als elementarer Bestandteil der Staatsbildung bekannt ist, fast immer auch den Einsatz gewaltsamer Mittel umfaßte. Die „nachholende Konsolidierung vorausgesetzter Staatlichkeit“ (Siegelberg 1994: 138) ist so der Kriegsursachenforschung als eine wesentliche Konfliktlinie des innerstaatlichen Kriegsgeschehens in der postkolonialen Welt bekannt. In jedem einzelnen Fall hängt es vom Betrachtungszeitraum ab, ob die Exzesse der Gewalt als Zusammenbruch der Ordnung oder als strukturierende Großereignisse erscheinen.

Was kann man tun?

Für den Umgang mit dem Problem „fragiler Staatlichkeit“ oder des drohenden Zerfalls von Staaten gibt es in der Diskussion eine ganze Reihe von Empfehlungen. Sie reichen von der Budgethilfe für nur temporär in Bedrängnis geratene Regierungen bis hin zu offenen, militärisch gestützten Interventionen, von der Einführung von *good governance* bis hin zur dauerhaften Übernahme von Herrschaftspositionen durch externe Akteure.

Das Konzept der *good governance* ist mittlerweile zum proklamatorischen Leitbild der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit aller westlichen Staaten geworden und findet sich auch in den Dokumenten der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik (BMZ 2002). Das Konzept zielt auf einen Modus des Regierens, der nicht nur staatliches Handeln umgreifen soll, sondern auf „Prozesse, die von der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor mitgestaltet werden sollen“ (Klemp/Poeschke 2005: 20),

und soll im Grunde alle Ziele eines liberalen Politikmodells umfassen: Nicht nur die Achtung der Menschenrechte, die „Garantie politischer Teilhabe der Zivilgesellschaft“, die „Konsensorientierung bei demokratischen Bedingungen und Verfahren“, die „Gemeinwohlorientierung und Armutsminderung“, sondern auch die „Sicherung von makroökonomischer Stabilität“, die „Effizienz und Qualität öffentlicher Dienstleistungen“ und die „Erfüllung internationaler Verpflichtungen“ finden sich darin als Fixpunkte (ebd.: 20f.). Damit benennen entwicklungspolitisch orientierte Autoren zwar ein ideales Ziel; wie diesem Ideal in einer höchst widersprüchlichen politischen Gegenwart zur Wirklichkeit verholfen werden könnte, bleibt jedoch unklar.

Andere Vorschläge sind auf den ersten Blick differenzierter: So seien etwa im Fall von „bloßem Staatsversagen“ nur Maßnahmen des „system alignment“ nötig, also etwa Budgethilfen für die „Partnerregierungen“ sowie Projektarbeit in „breiter angelegten Sektorprogrammen“. Seien die staatlichen Institutionen hingegen „defizitär“, so müsse wegen „Mißbrauchsgefahr“ von Budgethilfen Abstand genommen werden. Statt dessen müßten „Akteure des Wandels“ unterstützt werden. In einer dritten Konstellation, in der Institutionen „zerrüttet“ seien, sei ein „policy alignment“ zu empfehlen, in dem die „Partnerregierungen“ beim Aufbau der Institutionen zu fördern wären. In einer vierten Konstellation, in der „der Institutionenzerfall weit fortgeschritten“ sei – als Beispiele könnten Myanmar oder Zimbabwe genannt werden – sei die Entwicklungszusammenarbeit entweder ganz einzustellen oder sollte sich nur auf Sachgüter bzw. technische Zusammenarbeit konzentrieren (Debiel 2005: 13f.).

Am weitesten gehen die Vorschläge von Stephen Krasner, der das „Scheitern“ mancher Staaten für so grundsätzlich hält, daß das Modell staatlicher Herrschaft zu ersetzen sei durch die nicht nur faktische, sondern offizielle Teilung von Souveränität. In manchen Fällen – insbesondere wenn Regierungen durch reiche Rohstoffvorkommen versucht seien, die private Bereicherung vor das Allgemeinwohl zu stellen – sei ein Einbau externer Akteure in die nationalen Herrschaftsstrukturen erforderlich,

und dies für einen unbegrenzten Zeitraum (2004: 108). Mit dem Hinweis auf die faktische Übernahme des Fiskus des Osmanischen Reichs im späten 19. Jahrhundert plädiert Krasner für „Arrangements einer geteilten Souveränität“, in denen externe Akteure die Kontrolle wenigstens von Teilen der Staatseinkünfte übernehmen sollten, wenn diese Staaten nicht in der Lage seien, ihre Schulden zu bezahlen.⁹

Zusammengenommen finden sich in den Vorschlägen zur Überwindung des Problems der „fragilen Staaten“, des „Staatsversagens“ und des „Staatszerfalls“ alle Elemente wieder, die im entwicklungspolitischen Diskurs ohnehin schon lange diskutiert werden – nun allerdings bereichert um Elemente, die der klassischen Sicherheitspolitik entstammen. Die Hilfen für Polizei und Militär, ihre Ausstattung und ihre „Zivilisierung“ können allerdings ebenfalls auf eine lange Tradition zurückblicken, die weit über die Zeit des Ost-West-Konflikts hinausreicht.

In den vorgeschlagenen Strategien ist das eigentlich Neue weniger in den konkreten Einzelmaßnahmen zu erkennen als in einer Konvergenz der Diskurse: Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik werden ununterscheidbar, und diese Ununterscheidbarkeit erlaubt die gegenseitige Legitimierung.

Probleme der Lösungen

Nur selten werden in den Vorschlägen zur Überwindung des Problems der „fragilen Staaten“ mögliche Schwierigkeiten ihrer Umsetzung thematisiert. Die Studie der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ allerdings erkennt an, daß jede Intervention von außen, ob militärisch begleitet oder nicht, lokale Machteffekte produziere, die unter Umständen nicht vorab kalkulierbar seien. Außerdem gebe es Konflikte zwischen den Einzelzielen, einen Staat zu errichten, der sowohl „Wohlfahrt“ und „Sicherheit“ als auch „Rechtsstaatlichkeit“ und „Legitimität“ gewährleisten solle (Schneckener 2004b: 184ff.; 2005: 30). Tatsächlich stellt sich bei einer Reihe der vorgeschlagenen Maßnahmen die Frage, ob sich Ziel und Mittel nicht gegenseitig ausschließen. Die Stärkung von

„Staatlichkeit“ durch Zuweisungen an eine Regierung, die der „Korruption“ verdächtig ist, widerspricht dem propagierten Ziel, und die dezentrale Mittelvergabe dürfte der Etablierung eines zentralstaatlichen Gewaltmonopols zuwiderlaufen.

Es ließe sich auch fragen, warum die Stärkung der staatlichen Gewaltapparate diesmal auf ein demokratisch kontrolliertes Gewaltmonopol hinauslaufen solle, während in den vorangegangenen Jahrzehnten die massive Militärhilfe aus dem Ausland in so zahlreichen Fällen genau das Gegenteil, nämlich die Militarisierung der Politik zur Folge hatte.

Ebenfalls muß unklar bleiben, warum durch die „gleichzeitige Stärkung von Staat und Zivilgesellschaft“ (Hein 2005: 11) eher ein höheres Maß an *good governance* erreicht würde als eine Zuspitzung des Konflikts zwischen staatlichen Agenturen und nicht-staatlichen Akteuren.¹⁰ Die Reihe dieser Unklarheiten und inneren Widersprüche zwischen einzelnen Konzepten oder auch innerhalb einzelner Strategien ließe sich beliebig fortsetzen. Sie mag teils der noch jungen Diskussion geschuldet sein. Auffällig ist jedoch, daß eine systematische Diskussion über die Problematiken dieser Strategien jedenfalls nicht öffentlich ausgetragen wird.

Nur vereinzelt finden sich in der Diskussion auch kritische Stimmen zur Interventionspraxis überhaupt, allerdings nur im deutschen Sprachraum. Die Diskussion um die „fragilen Staaten“ hinterfragt den Sinn oder die Angemessenheit intervenierender Politik nicht, sondern hat sich schon seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zu einer „Mischung aus überkommenem Realismus und neuen Illusionen“ (Bertrand 1995: 128) verbunden. Die Konvergenz der Diskurse und die institutionellen Interessen, die diese Bewegung tragen, lassen Fragen nach dem Sinn der Interventionspolitik und ihren Widersprüchen auch nicht in den Vordergrund treten.

Außerhalb Deutschlands mehrten sich kritische Analysen: Jarat Chopra (2002) etwa verweist auf das quasi-kolonialistische Verhalten der UN-Administration in Ost-Timor, die an einer Beteiligung der lokalen Bevölkerung an der Übergangsregierung kein Interesse gehabt hätte. Auch seien die Stäbe der internationalen Organisationen gar nicht hinreichend vorge-

bildet und ausgestattet, um lokale Machtfigurationen wirklich nachhaltig beeinflussen zu können (ebd.: 995). Im Fall Ost-Timors jedenfalls sei zu fragen, ob das politische Ergebnis ohne die teure UN-Operation nicht auch zustande gekommen wäre.

Christopher Cramer und Jonathan Goodhand (2002) sehen in der umfassenden Intervention in Afghanistan seit Herbst 2001 nur eine weitere Episode in der an Umschwüngen und Brüchen nicht eben armen Geschichte der Staatsbildung in Afghanistan. Auch sie attestieren den Interventen, das Grundproblem, nämlich die Konfliktivität des Staatsbildungsprozesses in Afghanistan, nicht ernst zu nehmen, sondern mit dem fadenscheinigen Argument zu überspielen, daß ökonomische Öffnung automatisch zu Frieden und Demokratie führe (ebd.: 886).

Tatsächlich reichen die Probleme der Interventionspolitik noch weiter. Der erste dieser Widersprüche beruht auf den Zielkonflikten der beteiligten Organisationen selbst. Die Agenturen, die sich am Projekt der Rettung oder Wiederherstellung staatlicher Herrschaft beteiligen, sind selbst konkurrierende Interessierte. Zwar werden ihnen politische Vorgaben gemacht, und ihnen ist auch nicht zu unterstellen, daß institutionelle Eigeninteressen ihr Handeln vollends dominieren. Aber politische Ziele wie „Frieden“ und „Entwicklung“ und nunmehr die Abwendung „fragiler Staatlichkeit“ sind zwar diffus genug, um politische Allianzen im Diskurs aufzubauen, die der gemeinsamen Durchsetzung der Thematik dienlich sind. Auch erlauben sie die fast beliebige Fortsetzung des Engagements, denn solche Erwartungsbegriffe lassen immer noch Aufgaben unerledigt und neue Agenden formulierbar erscheinen (vgl. Koselleck 1979: 118ff.). Das diskursive Bündnis bricht aber in der Praxis. Das diffuse gemeinsame Ziel ist nicht einmal hinreichend, um die Eigenlogiken ministeriellen Handelns eines einzigen beteiligten Staates zu überbrücken.¹¹ Das Interesse an demonstrationsfähigen Erfolgen, an der Fortführung der Programme und an der je eigenen Beteiligung stellt die beteiligten Agenturen, seien sie staatlich oder nicht, gegeneinander auf.

Ein zweites Dilemma betrifft die Intervention als Tat. Sie verändert nicht nur „lokale Kräfteverhältnisse“, sondern sie ist auch eine Tat im globalen politischen System. Ihre verändernde Kraft liegt darin, daß durch die Vielzahl der Akteure und ihrer unterschiedlichen Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata jede Initiative mehrdeutig ist. Schon die indirekte Unterstützung von Regierungen durch externe Akteure kann deren Legitimität direkt gefährden.¹² Die Aktionen der Interventen selbst haben ihrerseits Auswirkungen auf ihre eigene Legitimität, sowohl in den Augen ihres heimatischen Publikums als auch in den Kontexten der Intervention. Gerade und insoweit die Intervention den Einsatz physischer Gewalt einschließt, wird das moralische Dilemma desto größer. Die Interventen müssen den Einsatz und die Wirkungen der von ihnen ausgeübten Gewalt nicht nur vor dem heimischen Publikum rechtfertigen, sondern sie müssen auch in ihren Operationsgebieten mit den komplexen Zuschreibungen von Schande, Schuld und Ehre umgehen. Die Geschichte des Kolonialismus könnte auch hier einmal mehr lehrreich sein.

Neue Probleme für alte Lösungen

Ministerien, Nichtregierungsorganisationen, aber auch Forschungseinrichtungen lassen sich als institutionelle Lösungsversuche für bestimmte gesellschaftlich formulierte Probleme zu bestimmten Zeiten auffassen. Sie können das Schicksal anderer Organisationen nicht vermeiden, nämlich zu versuchen, in einer medial vermittelten Öffentlichkeit durch Techniken des Agenda-Settings und der Partizipation an schnell selbstläufigen Diskursen ihren Erhalt zu sichern und ihren Wachstumswunsch zu legitimieren. Die Diskussion um „neue Kriege“ wie um den „Zerfall“ oder das vermeintlich vermehrte „Versagen“ von Staaten ist ein typisches Produkt dieser Dynamiken. Alte Lösungen sind immer auf der Suche nach neuen Problemen.

Was die Debatte um das „Versagen“ oder den „Zerfall“ des Staates in Afrika, Asien und Lateinamerika verdeckt, ist der Prozeß der Rekonfiguration politischer Herrschaft, der

mit Begriffen wie „Korruption“, „Informalisierung“ und „Privatisierung“ nur unzureichend umschrieben ist, in dem sich aber die Kontinuitäten und Konjunkturen von Formen politischer Herrschaft beobachten lassen. Deshalb hat Trutz von Trotha ganz zu Recht auf den „Aufstieg des Lokalen“ hingewiesen.

Selbst in Fällen wie der DR Kongo, Georgiens oder Liberias – allesamt Lieblingsbeispiele für die These vom „Zerfall“ des Staates – lassen sich diese Prozesse beobachten. Der Niedergang der Herrschaft Mobutus im ehemaligen Zaire hat nicht zu einem vollständigen politischen Vakuum geführt, sondern mündete in einen gewaltsamen Konflikt zwischen real existierenden Herrschaftsgebilden (vgl. Tull 2003).¹³ Am Fall Georgien läßt sich wie in vielen weiteren erkennen, wie die Verknappung der Ressourcen staatliche Herrschaft zu der Strategie greifen lassen, über die Produktion kontrollierter Unsicherheiten zu regieren (vgl. Christophe 2005). Diese Strategie erscheint nach außen als „Zerfall“ oder „Krise“, sie ist aber den politisch-ökonomischen Positionen der politischen Körper durchaus funktional angemessen. Und selbst für den notorischen Fall Afghanistan lassen sich diese Prozesse der lokalen Verstaatlichung erkennen, nachdem die drei bisherigen Versuche, zentralstaatliche Autorität herzustellen, an auswärtigen Interventionen und lokalen Widerständen gescheitert sind (vgl. Giustozzi 2003). Dort, wie in Liberia (vgl. Prkic 2005), sind die vermeintlich materialistischen Warlords nicht in erster Linie an Geld, sondern an Ehre interessiert. Ihr politischer Habitus drängt sie zur Staatsbildung, auch wenn der Erfolg dieser Bemühungen nicht garantiert ist und wenn die eingesetzten Mittel vor modernen Moralstandards nicht gerechtfertigt werden können.

Ein gewichtigerer Einwand gegen die verbreitete These von den *failed states* macht sie allerdings zugleich theoretisch interessant. Die Ausrichtung an funktionalistischen Staatsverständnissen, die die Debatte soweit kennzeichnet, ließe sich auch mit anderen Staatstheorien konfrontieren. Unter Rückgriff auf Foucault und Gramsci hat Jean-François Bayart (2005) jüngst den vielbemühten Prozeß der Globalisierung als einen globalen Staats-

bildungsprozeß beschrieben. Die theoretische Diskussion hat damit erst begonnen: Gibt es überhaupt Staatszerfall?

Anmerkungen

- 1 Darin stimmen die voneinander unabhängigen Forschungsgruppen an den Universitäten in Baltimore, Uppsala und Hamburg überein; vgl. Marshall/Gurr (2005); Schreiber (2002); Wallenstein/Sollenberg (2000); s.a. Jung et al. (2003).
- 2 Ein hintergründiges Thema der Debatte könnte auch der Umbau des Staates der Autoren sein: Das Unbehagen an den in der OECD stattfindenden Veränderungen fände nicht zum ersten Mal seine Projektionsfläche in einem anderen. Für das Zeitalter des Imperialismus sind ähnliche diskursive Prozesse bekannt; vgl. Bayart (2005: 179); Bancel et al. (2003: 87ff.). Vielleicht braucht die „Zivilmacht Europa“ auch einfach Barbaren.
- 3 Für diese Einrichtungen eröffnen sich bei solchen Themenstellungen außerdem Zugänge zum politischen Feld. So hat unter Federführung der Bertelsmann-Stiftung im Mai 2005 im Auswärtigen Amt das „Expertenforum Prekäre Staatlichkeit“ seine Arbeit aufgenommen.
- 4 Der Verfasser schließt sich selbst hierin ein, indem er zwischen 1998 und 2001 an einem von der DFG geförderten Projekt mit dem Titel „Staatsbildung und Staatszerfall in der Dritten Welt“ an der Universität Hamburg und dem Deutschen Orient-Institut in Hamburg mitgearbeitet hat. Die Quelle dieser Einschätzung ist eine kursorische Umfrage des Verfassers. Unter anderem hat die Freie Universität Berlin einen Sonderforschungsbereich mit dem Titel „Regieren in Zonen begrenzter Staatlichkeit“ beantragt; die Website eines laufenden Projekts an der Universität Köln listet 17 Forschungseinrichtungen auf, an denen gegenwärtig zum Thema gearbeitet wird (www.politik.uni-koeln.de/jaeger/forschung/state.html, Zugriff am 13. April 2004).
- 5 Die Thesen und Studien dieser Gruppe finden sich unter <http://www.cidcm.umd.edu/inscr/stfail/> (Zugriff am 25. Juli 2005).
- 6 Die angeführte Literatur enthält die Angaben der einschlägigen Werke; vgl. Spanger (2002); Reinhardt (2004). Zu einer skeptischen Einschätzung der „Realität“ von „Staatszerfall“ gelangt auch Hauck (2004).
- 7 Die einzige bemerkenswerte Ausnahme bildet hier der Bericht des „High Level Panel on Threats, Challenges and Change“ (UN 2004) beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.
- 8 Zu prozeß-soziologischen Alternativen vgl. Bayart (1994; 1996); Migdal / Schlichte (2005); Schlichte (2005).
- 9 Diese Vorschläge ließen sich als „Neo-Imperialismus“ bezeichnen. Die Diskussion darüber sollte aber berücksichtigen, daß dieses Politikmodell in zahlreichen Kontexten, nicht nur in Afghanistan und Irak, bereits Realität ist.
- 10 Zur zentralen Schwäche des governance-Ansatzes,

der Fragen der Macht und Herrschaft systematisch ausblendet; vgl. Mayntz (2004).

- 11 Die Studie der SWP ist auch insofern eine Ausnahme in der Literatur, als sie dieses Problem thematisiert; vgl. Schneekener (2004a: 190f.).
- 12 Das gilt besonders für das Engagement der USA im Nahen und Mittleren Osten; vgl. die Beiträge zu Jordanien und Pakistan in Schneekener (2004a).
- 13 Die freilich nicht die Merkmale entwickelter Wohlfahrtsstaaten aufweisen. Aber das konnte in den vergangenen einhundert Jahren keine politische Figuration der Region.

Literatur

- Bancel, Nicolas / Blanchard, Pascal / Vergès, Françoise 2003: La République coloniale. Essai sur une utopie, Paris: Albin Michel.
- Bayart, Jean-François (Hg.) 1994: La reinvention du capitalisme. Les trajectoires du politique 1, Paris: Karthala
- Bayart, Jean-François (Hg.) 1996: La greffe de l'Etat. Les trajectoires du politique 2, Paris: Karthala
- Bayart, Jean-François 2005: Le gouvernement du monde. Une critique politique de la globalisation, Paris: Karthala
- Bertrand, Maurice 1995: UNO. Geschichte und Bilanz, Frankfurt/M.
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) 2002: Good Governance in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ Spezial Nr. 44, Bonn
- Brzoska, Michael 2004: „New Wars“ Discourse in Germany, in: Journal of Peace Research 41, 1, 107-117
- Chopra, Jarat 2002: Building State Failure in East Timor, in: Development and Change 33, 5, 979-1000.
- Christophe, Barbara 2005: Metamorphosen des Leviathan in einer post-sozialistischen Gesellschaft. Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht, Bielefeld: Transcript.
- Cramer, Christopher / Goodhand, Jonathan 2002: Try Again, Fail Again, Fail Better? War, the State and „post conflict“ challenge in Afghanistan, in: Development and Change 33, 5, 885-909.
- Debiel, Thomas 2005: Fragile Staaten als Problem der Entwicklungspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/29, 12-18.
- Eizenstat, Stuart E. / Porter, John E. / Weinstein, Jeremy M. 2005: Rebuilding Weak States, in: Foreign Affairs 84, 1, 134-146.
- Giustozzi, Antonio 2003: Respectable Warlords? The politics of state-building in post-Taliban Afghanistan, Crisis States Programme, Working paper 33, London: LSE.
- Goldstone, Jack et al. 2000: State Failure Task Force Report 2000: Phase III Findings (<http://www.cidcm.umd.edu/inscr/stfail/SFTF%20Phase%20III%20Report%20Final.pdf>, Zugriff am 25. Juli 2005).
- Hauck, Gerhard 2004: Schwache Staaten? Überlegungen zu einer fragwürdigen entwicklungspolitischen Kategorie (www.linksnet.de%20-%20Schwache%20Staaten.htm, Zugriff am 16. März 2005).

- Hein, Wolfgang 2005: Vom Entwicklungsstaat zum Staatszerfall, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/29, 6-11.
- Hibou, Béatrice (Hg.) 1999: *La privatisation des Etats*, Paris: Karthala.
- Hippler, Jochen 2005: Failed States und Globalisierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/29, 3-5.
- Hirschmann, Kai 2004: Der Masterplan des islamistischen Terrorismus, in: *Informationen für die Truppe*, Heft 4 (<http://www.ifdt.de/0404/Artikel/hirschmann.htm>, Zugriff am 19. Juli 2005).
- Jung, Dietrich / Schlichte, Klaus / Siegelberg, Jens 2003: *Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2002)*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kaplan, Robert D. 1994: The Coming Anarchy. How scarcity, crime, overpopulation, tribalism, and disease are rapidly destroying the social fabric of our planet, in: *Atlantic Monthly* 273, 2, 44-76.
- Keen, David 2005: Liberalization and Conflicts, in: *International Political Science Review* 26, 1, 73-89.
- Klemp, Ludgera / Poeschke, Roman 2005: Good Governance gegen Armut und Staatsversagen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/29, 18-25.
- Kolbow, Walter 2004: Rede auf der Handelsblatt-Konferenz, 8. Juli 2004 (<http://www.bmvg.de/C1256F1200608B1B/CurrentBaseLink/N264X9UG784MMISDE>, Zugriff am 27. Juli 2005).
- Koselleck, Reinhart 1979: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Krasner, Stephen 2004: Sharing Sovereignty. New Institutions for collapsed and failing states, *International Security*, 29, 2, 85-120.
- Mair, Stephan / Schneckener, Ulrich 2003: Staaten stützen, und Menschen zu schützen? Staatszerfall als sicherheitspolitisches Problem, SWP-Ausblick 2004, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Marshall, Monty G. / Gurr, Ted Robert 2005: *Peace and Conflict 2005. A Global Survey of Armed Conflicts, Self-Determination Movements, and Democracy*, College Park: University of Maryland.
- Mayntz, Renate 2004: Governance im modernen Staat, in: Benz, Arthur (Hg.), *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*, Wiesbaden: VS, 65-76.
- Migdal, Joel 1988: *Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*, Princeton, NJ.: Princeton UP.
- Migdal, Joel S. / Schlichte, Klaus 2005: »Rethinking the State«, in: Schlichte (Ed.), 9-43.
- Prkic, François 2005: The Phoenix State: War economy and state formation in Liberia, in: Schlichte (Ed.), 117-139.
- Reinhardt, Dieter 2004: Review Essay: Staatszerfall, Neue Kriege und Bedrohungspotenziale, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Heft 3, 164-176.
- Schlichte, Klaus 1998: Why states decay. A preliminary assessment, Arbeitspapiere der Forschungsstelle Kriege, Universität Hamburg.
- Schlichte, Klaus 2005a: *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Dritten Welt und die Theorie globaler Vergesellschaftung*, Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Schlichte, Klaus (Ed.) 2005b: *The Dynamics of States. The Formation and Crisis of State Domination*, Aldershot: Ashgate.
- Schneckener, Ulrich 2004a: States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem, SWP-Diskussionspapier, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Schneckener, Ulrich (Hg.) 2004b: *States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Schneckener, Ulrich 2005: Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/29, 26-31.
- Schreiber, Wolfgang (Hg.) 2002: *Das Kriegsgeschehen 2001. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte*, Opladen: Leske + Budrich.
- Siegelberg, Jens 1994: *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*, Münster-Hamburg: Lit.
- Spanger, Hans Joachim 2002: Die Wiederkehr des Staates. Staatszerfall als wissenschaftliches und entwicklungs-politisches Problem, HSFK-Report 1/2002, Frankfurt am Main.
- Thomson, Janice E. 1994: Mercenaries, Pirates and Sovereigns. State-building and extra-territorial violence in Early Modern Europe, Princeton, NJ: Princeton UP.
- Tull, Denis M. 2003: A Reconfiguration of Political Order? The state of the state in North Kivu (DR Congo), in: *African Affairs* 102, 429-446.
- UN (United Nations Organization) 2004: A more secure world. Our shared responsibility. Report of the Secretary General's High Level Panel on Threats, Challenges and Change, New York: United Nations (<http://www.un.org/secureworld/report2.pdf>, Zugriff am 25. Juli 2005).
- Wade, Robert H. 2005: Failing States and the Cumulative Causation in the World System, in: *International Political Science Review* 26, 1, 17-36.
- Wallenstein, Peter / Sollenberg, Margareta 2000: Armed Conflict 1989-1999, in: *Journal of Peace Research* 37, 4, 635-649.